

Toyota pflanzt Bäume

Einen positiven Beitrag zu umweltfreundlicher Produktion liefert der japanische Fahrzeugfabrikant *Toyota Motor Corporation (TMC)*, der in Thailand unter *Toyota Motor Thailand (TMT)* mehrere Werke betreibt. Anfang August 2008 initiierte TMT um sein thailändisches Werk namens *Ban Pho* die nach eigenen Angaben größte Baumpflanzaktion, die es in dem südostasiatischen Land je gegeben hat. So wurden ungefähr 100.000 Bäume mit der Hilfe von über 10.000 Freiwilligen gepflanzt. Die Tatkräftigen setzten sich aus der lokalen Bevölkerung wie auch aus Zulieferern und Händlern Toyotas, Werksmitarbeitern und ihren Angehörigen zusammen. Diese Schaffung neuen Lebensraumes für die ansässige Tierwelt ist ein Teil von Toyotas umweltorientierter Produktionsphilosophie, in der innovative Herstellungsformen eine bedeutende Rolle spielen. Demnach werden im *Ban Pho*-Werk beispielsweise Sonnenkollektoren und eine Kraft-Wärmekopplungsanlage eingesetzt, was die dortigen CO2-Emissionen jährlich um 9.000 Tonnen verringert. Des Weiteren findet eine Wiederverwertung von Produktionsabfällen statt. Schritt für Schritt sollen diese Verfahren nun in Toyota-Werken weltweit eingeführt werden, um eine nachhaltige Produktion langfristig zu realisieren.

vgl.: *marketwatch.com* 4.8.2008

Zentralisierung könnte Korruption verstärken

Thailändischen Händlern zufolge könnte die Entscheidung des Premiers Samak Sundaravej, die Verwaltung der nationalen Reisproduktion zu zentralisieren, die Korruption fördern. Kritische Stimmen wurden laut, nachdem es dem Handelsminister Chaiya Sasomsap nicht gelungen war, den Premierminister davon zu überzeugen, die Verantwortung der Reisgeschäfte dem Handelsministerium zu überlassen. Für die Händler sei das von der Regierung vorgeschlagene Verwaltungssystem ein zweischneidiges Schwert. Zum einen könnte der Betrieb der Reispro-

duktion aufgrund der allumfassenden Leitungsbefugnis des Premierministers gesteigert werden, zum anderen seien im Zuge dessen allerdings etliche Politiker in die Geschäfte verwickelt, wodurch das Auftauchen korrupter Machenschaften mehr als wahrscheinlich sei und diesen zudem das Verständnis für eine effiziente Verwaltung der Reisproduktion fehle. Chaiya gab an, dass Samak beabsichtige, mittels der Zentralisierung mehr Transparenz und Flexibilität in der Reiswirtschaft zu fördern.

vgl.: *The Nation* 12.8.2008

Ex-Premier Thaksin flieht nach England

Der wegen Korruption angeklagte Ex-Premierminister Thaksin Shinawatra und seine Ehefrau Khunying Potjaman reisten am 10.8.2008 von Peking, wo sie zuvor die Eröffnungszereemonie der Olympischen Spiele besucht hatten, nach London, um der Strafverfolgung im eigenen Land zu entgehen. Das Ehepaar ignorierte damit gleichzeitig eine gerichtliche Vorladung bezüglich Korruptionsvorwürfen, woraufhin der thailändische Oberste Gerichtshof einen Tag nach ihrer Flucht ins Exil einen Haftbefehl gegen sie erließ und die Justiz die zuvor hinterlegte Kautions-Angeklagten in Höhe von circa 260.000 Euro einzog. Neben den bereits länger bestehenden Vorwürfen gegen Thaksin selbst, war seine Frau Ende Juli 2008 wegen Steuerhinterziehung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden, blieb jedoch mittels der Kautionszahlung auf freiem Fuß. Konkret habe Potjaman im Jahre 2003 während der Amtszeit ihres Ehemannes Grundstücke in Bangkok aus Staatsbesitz weit unter Marktpreis gekauft. Käme es zu einem Schuldspruch gegen Thaksin, drohe diesem bis zu 13 Jahre Haft. Bezüglich der Gründe seiner Flucht nach Europa erklärte Thaksin, dass

er in Thailand keine Chance auf einen fairen Prozess habe, da seine politischen Feinde, die ihn bereits 2006 gestürzt hatten, Einfluss auf das Gericht hätten. Bereits in der Vergangenheit war der Ex-Premier oft nach England gereist, wo er auch den Fußballclub Manchester City kaufte. Er beabsichtige vorerst nicht, nach Thailand zurückzukehren. Gegner des Angeklagten drängten das thailändische Außenministerium dazu, Thaksin den Diplomatenpass zu entziehen. Mittlerweile wurde vom Obersten Gerichtshof Thailands ein Auslieferungsprozess gestartet, der jedoch einige Jahre andauern kann, bevor das Ehepaar Großbritannien verlassen muss. Laut der thailändischen Staatsanwaltschaft müsse man beweisen, dass Thaksins Taten in der Heimat auch unter englischem Recht strafbar seien. Nichtsdestotrotz habe der Haftbefehl gegen den Angeklagten eine Verjährungsfrist von 15 Jahren und der Khunying Potjamins zehn Jahre. Trotz der Abwesenheit beider werde der Korruptionsprozess allerdings weitergeführt.

vgl.: *AFP* 11.8.2008; *Reuters* 13.8.2008;

Bangkok Post 15.8.2008;

Ausnahmezustand in Bangkok

Seit Mai 2008 protestiert die außerparlamentarische Opposition *People's Alliance for Democracy* (PAD) gegen die derzeitige Regierung unter Premierminister Samak Sundaravej. Am 26. August 2008 eskalierte die Lage, als Mitglieder der PAD den Regierungssitz in Bangkok besetzten und Samak zum Rücktritt drängten.

Infolge von Straßenschlachten zwischen schätzungsweise 500 Regierungsanhängern sowie mehrere hundert Oppositionelle kam laut öffentlichen Angaben ein Demonstrant ums Leben und 45 Personen wurden verletzt. Aufgrund der anhaltenden Ausschreitungen verhängte der Premierminister am 2. September 2008 den Ausnahmezustand für Bangkok. Demnach gilt ein Versammlungsverbot von mehr als fünf Personen sowie ein Verbot jeglicher »Panik auslösender« Medienberichterstattung.

Samak betonte, man wolle ein gewaltvolles Vorgehen gegen die Demonstranten ausschließen. Die PAD, die bereits die treibende Kraft bei dem Sturz des Ex-Premiers Thaksin 2006 darstellte, wirft der Regierung vor, im Interesse Thaksins zu handeln. Dieser würde weiterhin im Hintergrund

wichtige Entscheidungen treffen und Samak fungiere lediglich als sein Stellvertreter. Die regierungsfeindliche Stimmung wurde weiterhin durch eine Erklärung der thailändischen Wahlkommission verstärkt, in welcher der Regierungspartei *People Power Party* (PPP) Betrug bei den letzten Parlamentswahlen im Dezember 2007 vorgeworfen wird. Hinzu kommt, dass der Premierminister sich im September 2008 vor dem thailändischen Verfassungsgericht verantworten musste, da er während seiner Amtszeit Auftritte als Fernsehkoch tätigte, die laut Verfassung als Schwarzarbeit galten.

Samak schloss einen Rücktritt zwar vehement aus, wurde vom Verfassungsgericht allerdings für schuldig befunden.

Ob dies zu einer tatsächlichen Amtsniederlegung Samaks führt, ist zwar ziemlich unwahrscheinlich, stand zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses allerdings noch nicht fest. Die Besetzung des Regierungsgebäudes durch die PAD sowie der Ausnahmezustand für Bangkok hielten zudem bis dahin an.

vgl.: Newsweek 6.9.2008; Bangkok Post 9.9.2008; The Nation 9.9.2008

Islamische Bank vergibt Kredite in Südthailand

Die *Islamic Bank of Thailand* (IBT) will – vorerst in drei Provinzen Südthailands – kleine Unternehmen bei ersten Schritten in die Geschäftswelt mit Krediten unterstützen. Laut des Vorsitzenden der IBT, Somchai Virunhaphol, wolle man so die Wirtschaft der krisengebeutelten Region revitalisieren und einen ökonomischen Aufschwung vorantreiben. Neben der Kreditvergabe werde die Bank den Unternehmen ebenfalls bei der Vermarktung, dem Produktdesign und in Bezug auf Franchising zur Seite

stehen. Ferner sollen auch die Lebensmittelindustrie von Halal-Produkten (Dinge, die nach islamischem Recht erlaubt oder zulässig sind), das Hotelgewerbe an der Andaman-Küste und solche, die die jährliche Hadsch (Pilgerfahrt) nach Mekka planen, als Kreditwürdige in Frage kommen. Wenn das Kreditschema in Zukunft erfolgreich ist, werde man es auch auf weitere Provinzen im Süden ausweiten.

vgl.: Bangkok Post, 14.8.2008

Mehr Geld für Gesundheitswesen

Finanzminister Surapong Suebwonglee teilte mit, dass Investitionsausgaben für das staatliche Gesundheitswesen, die im Zuge eines *Megaproject*-Programmes der thailändischen Regierung geplant sind, auf 80 Milliarden Baht, das heißt circa 1,6 Milliarden Euro, erhöht werden. Die neu festgelegten Investitionen sollen zwischen 2009 und 2012 getätigt werden und verdoppeln das vorherige geplante Budget von 45 Milliarden Baht (circa 900.000 Millionen Euro). Für die Nutzung der zusätzlichen Gelder sei eine landesweite Verbesserung der Ausstattung staatlicher Krankenhäuser sowie die Errichtung von Spezialkliniken für Herz- und Krebserkrankungen beabsichtigt. Des Weiteren sollen in ganz Thailand eintausend Gesundheitszentren auf Gemeindeebene gegründet werden, um eine medizinische Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Die finanziellen Mittel sollen laut Surapong ebenfalls für die Schaffung von 2.500 neuen Beschäftigungsmöglichkeiten für Ärzte wie auch für die Einstellung von 10.000 Krankenschwestern im öffentlichen Dienst eingesetzt werden. Surapong fügte hinzu, dass die Regierung bereits seit zehn Jahren keine Investitionen im Gesundheitswesen getätigt habe. »Die *Megaprojects* haben zum Ziel, den Standard der thailändischen Gesundheitsversorgung postwendend zu optimieren«, so der Finanzminister. Menschen, die teilweise fernab von städtischen Zentren leben, sollen in diesem Punkt keinesfalls benachteiligt sein. Die staatlichen Projekte im Gesundheitswesen sind Teil eines weiter umfassenden 1,7-Billionen-Baht-Investitionsplans (circa 34 Milliarden Euro), der unter anderem auch zum Ausbau des nationalen Bildungs- und Logistikwesens dient. Die Projekte sollen insbesondere mit thailändischem sowie ausländischem Kapital finanziert werden.

vgl.: Bangkok Post 15.8.2008